

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

141 (21.6.1921)

müssen die deutschen Löhne hinauf oder die ausländischen Löhne müssen herunter.
 Deutschland hat getan, was es tun mußte, indem es das Londoner Ultimatum annahm und mit ehrlichem Willen an seine Erfüllung heranging. Deutschland wird dieses künstliche Finanzgebäude aus eigener Kraft nicht zertümmern können. Aber über kurz oder lang muß der Stolz von außen kommen, unter dessen Wirkung es zusammenbricht.

Die Lüge

Vom 15. August an wird das Brot ungefähr 7,50 M. kosten. Zu dieser alten Tatsache — die Verteuerung des Brotes ist damit noch keineswegs abgeschlossen — bemerkt der deutsch-nationale Berliner „Volkswacht“, sein Menich wisse, wie ein Familienvater da noch durchkommen solle. Vermehrte Papiergelddruckerei neue Lohn- und Gehaltssteigerungen und die Kämpfe darum würden die Folge sein. Uebrigens sei auch diese Diabolistik auf die Annahme des Ultimatum zurückzuführen.

Diese Lügenfreiheit übersteigt denn doch alle Grenzen. Am 20. Februar waren Preußenwahlen. Am 21. Februar wurde der Ernährungsminister Dr. Hermes den Ernährungsministern der Einzelstaaten mit, daß am 15. August das Brot um 50 Prozent verteuert werde. Am 16. Juni beschloß die bürgerliche Mehrheit des Reichstages die Aufhebung der Getreidezwangs- wirtschaft, was baldiges weiteres Steigen der Brotpreise bedeutet und für alle diese Liebesdienste der bürgerlichen Parteien an die Agrarier soll einmahl das Ultimatum verantwortlich sein, da man damit die Speisebürger schon nationalistisch verheizen kann. Wenigstens hätte man sich recht, als er den Reichstagen in preußischen Landtag zurück, sie lebten nur von der politischen Unwissenheit und dem kurzen Gedächtnis des Volkes.

Die Schuld der Kommunisten

Ueber die erbauliche Bräutigams im Reichstage wird man in der Öffentlichkeit nicht sehr erstaunt sein, denn die Kommunisten haben schon seit längerer Zeit keinen Zweifel daran gelassen, daß sie sich um die parlamentarische Ordnung nicht im geringsten bekümmern gedenken. Als jüngst im preußischen Landtag die Immunität des Abgeordneten Schölem aufgehoben wurde und die Kommunisten deshalb ein wahres Scheltenkonzert veranstalteten, billigte die „rote Fahne“ nicht nur diese Methode der Parlamentszerstörung, sondern fügte auch noch emunternd hinzu: Schade, daß nur Trillerpfeifen da waren. Ein paar Handgranaten wären da; nach augenscheinlich der „roten Fahne“ noch lieber gewesen.

Natürlich werden die Kommunisten mit ihren Lärmmachereien nichts weiter erreichen, als daß die Geschäftsordnungen verschlechtert werden. Später wird sich dann die Reaktion dieser verschlechterten Geschäftsordnung bedienen, um die Interessen der Arbeiterschaft überhaupt nieder zu halten. Dann werden die Kommunisten empört die sozialistischen Parteien anklagen, daß sie der Reaktion beifallen hätten. Und wie stets, werden die Kommunisten nicht kapieren, daß sie die Allein-schuldigen sind. Denn jeder Staat und jedes Parlament will zunächst leben und steht sich gegen den zur Wehr, der ihm das Leben unmöglich machen will. Hier wie überall sind die kommunistischen Methoden die Totengräber der Arbeiterinteressen.

Die einzigen verurteilten Kappisten freigesprochen

Das Landgericht Breslau hat am 14. März 1921 wegen gefährlicher Körperverletzung den früheren Tambourmajor Max Walter zu drei Jahren 6 Monaten, den Spielmann Dierich zu 4 Jahren und der Weibchen Dierich zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Reichsgericht hat jetzt der Revision stattgegeben und das Verfahren gegen die Verurteilten eingestellt. Die einzigen verurteilten Kappisten sind damit auch von Verantwortung und Strafe befreit.

Die Breslauer Strafkammer hatte im Urteil aus Grund der Beweisaufnahme ausdrücklich festgestellt, daß die drei Kappisten gewöhnliche Verbrecher waren, die lediglich als Missetäter gehandelt hatten und von keinerlei politischen Motiven geleitet wurden. Demgegenüber hat das Reichsgericht jetzt ausgesprochen, die Kappisten hätten im Dienste der Kapp-Regierung gestanden. Sie hätten die Gefangenen freigesprochen, um Angriffe gegen die Kappregierung abzuwehren. Die Verhandlungen seien als Vergeltung und zur Abschreckung verübt worden. Sie seien hervorgegangen aus der allgemeinen politischen Lage und den politischen Stimmungen und Vorstellungen der Angeklagten. Deshalb ständen die Taten mit einem höherrichterlichen Unternehmen im Zusammenhang und fielen unter die Amnestie.

Züllinger und seine Zucht

Roman von Konrad Zele (Fortsetzung.)

So hatten beide Parteien ihre Vorbereitungen zum Feste getroffen und die Morgenröte des ersten Maiags erhob sich über Potsdam. Sie lächelte über den blauen Seen der Havel, der goldene Adler hoch über dem Festplatz errichtete in seinem Glanze. Die neue, übermäßig breite, mit Tribünen umlaufte Feststraße schimmerte hell. Aber ein kühler Nordwind trieb weiße Wolken über den Himmel, und die Damen, die in weissen Gewändern erschienen waren, hüllten sich in ihre schwarz-weiß-roten Pelze. Die Tribünen bogen sich unter der Last des Oberdeutschtums, das sie erfüllte.

Weit im Umkreis grünte kein Baum, kein Strauch, kein Galm. Das Grün war sorgfältig entfernt worden, es würde den heiligen Farbenbreitlang Schwarz-weiß-rot gestört haben. Trotz der gewaltigen Menschenmenge herrschte eine weisse Stille; die Oberdeutschen wußten sich würdig zu benehmen. Und alle, die auf den Tribünen saßen, die Herren im Frack mit ihren ordnungsmäßigen Bräuten, die feierlich aussehenden Damen, ja selbst die niedlichen Mädchen und die kleinen Knaben in ihren Generalsuniformen konnten, obgleich die Teilnehmerschaft durch eine Lotterie aufgelöst worden war, dort setzte sich der Festzug in Bewegung. Mitten auf dem löffelartig verbreiterten Ende der Feststraße saßen, gerade unter dem abstragierenden, 300 Meter hohen Gerüst, die drei Reichsberwieser auf goldenen Stühlen, der Großgottschalksberwieser und rechts und links von ihm Oberdeutsch-Januschall und Oberdeutsch-Krappe, dessen hoffnungslos blinde Augen nicht mehr imstande waren, all diesen Glanz, all diese schwarz-weiß-rote Pracht in sich aufzunehmen. Krappe sah da wie ein Frosch, aber die würdevolle Haltung war ihm wenigstens geblieben.

Da erscholl plötzlich Musik aus tausend Posaunen, der erste Ballon stieg aus dem Adler auf und alle Oberdeutschen entblöhten die Hüpfer. Der Festzug kam an den Tribünen vorbei. Juvorberst zog er vorüber, der Erwählte, den Götterleuchter als den Dämmriten unter den Nachkommen Wilhelm Lehmanns erspäht hatte. Er stand aufrecht auf einem von zwölf Dengeln gezogenen Brunnenwagen, und wie in einer Kausel hinter den Gitterstäben einer riesengroßen Krone, die den Aufbau seines Wagens bildete.

Nach dieser Verzürnung gibt es natürlich keinen Schuldigen aus den Kapp-zeiten mehr. Auch wer Banken ausgeplündert hat, hat es ja getan in irgend einem Zusammenhang mit der politischen Gesamtlage. Der Effekt der Auffassung des Reichsgerichts ist jedenfalls, daß nun auch die einzelnen verurteilten Kappisten freigelassen sind. Und das Ansehen der deutschen Justiz und auch des Reichsgerichts im In- und Auslande sinkt auf den Nullpunkt. Ganz Deutschland wird den Schaden tragen.

Badische Politik

Wie hoch ist der Anteil Badens an den Reichsteuern? Diese Frage stand im Haushaltsausschuß des Landtages zur Erörterung, als in der Fortsetzung der Beratung die §§ 18, 19 und 20 zur Diskussion standen. Sie erstellten nach längerer Aussprache die folgende Formulierung:

Einkommensteuer

§ 18. Der dem Land und den Gemeinden zuzulassende Anteil am Ertrag der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer des Reichs wird so verteilt, daß aus dem in der einzelnen Gemeinde örtlich aufkommenden Gesamtanteil erhalten:

- a) das Land einen nach § 56 Absatz 2 des Landessteuergesetzes berechneten Mindestbetrag;
- b) die einzelnen Gemeinden den ihr nach § 56 Absatz 3 und § 57 des Landessteuergesetzes gewährten Mindestbetrag.

Als durch die Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und die Kapitalertragsteuer erzielte Steuern gelten für das Land die Einkommensteuer und die gesamte Vermögenssteuer mit Einschluß der außerordentlichen Zuschläge zu beiden Steuern, für die Gemeinde die Gemeindeforderungen aus dem Einkommen und Kapitalvermögen.

Unterschiede in den Verhältnissen des Landes und der einzelnen Gemeinde, die auf den §§ 96, 102, 103, 104 und 105 der Gemeindeordnung (Städteordnung) beruhen, sind hinsichtlich auszugleichen. Die näheren Bestimmungen trifft die Vollzugsverordnung.

Die Ansprüche des Landes und der Gemeinde haben untereinander gleichen Rang.

Die §§ 19 und 20 erhalten folgende Fassung:

§ 19. Bleibt in einer Gemeinde (Zuschußgemeinde) der örtlich aufkommende Gesamtanteil hinter den in § 18 Absatz 1 a und b bestimmten Mindestbeträgen des Landes und der Gemeinde auf die Mindestbeträge aus den sich nach § 20 ergebenden Mehrerträgen zu ergänzen. Soweit die sich nach § 20 ergebenden Mehrerträge hierzu nicht ausreichen, erfolgt die Ergänzung im Verhältnis der Festbeträge.

§ 20. Uebersteigt in einer einzelnen Gemeinde (Ueberschußgemeinde) der örtlich aufkommende Gesamtanteil die für Land und Gemeinden in § 18 Absatz 1 a und b bestimmten Mindestbeträge, so wird der Mehrertrag im Verhältnis der in sämtlichen Ueberschußgemeinden des Landes erzielten Mehrerträge infoweit geteilt, als dies zur Aufbringung des nach § 19 zu bedingenden Festbetrags nötig ist. Bei der Feststellung des Mehrertrags bleibt der Anteil der Gemeinde an der Umsatzsteuer (§ 56 Absatz 3 Satz 2 des Landessteuergesetzes) sowie die nach § 50 Absatz 1 Nr. 3 und 4 des Landessteuergesetzes vom Reich übernommenen Jahreszinsen außer Betracht. Das dann noch verbleibende örtliche Restaufkommen wird zwischen Land und Gemeinde nach dem Verhältnis der Mindestbeträge (§ 18 Absatz 1 a und b) verteilt; jedoch erhält jede Gemeinde mindestens 10 v. H. des restlichen Aufkommens. Der § 18 Absatz 3 und 4 gilt sinngemäß.

Auch das Verteilungsgesetz in 1. Lesung fertiggestellt.

Im Haushaltsausschuß des Landtages sind nun die 35 Paragraphen des Verteilungsgesetzes ebenfalls durchberaten und damit am Samstag das ganze Gesetz in erster Lesung fertiggestellt worden. Jetzt müssen Ertragssteuergesetz und Verteilungsgesetz nach das Plenum des Landtages beschickten, um möglichst rasch Gesetzeskraft zu erlangen. Denn das badische Steuerwesen ist auf sie aufgebaut und Gemeinde und Staat haben gegenseitiges Interesse an der endgültigen Regelung. Wie schon früher betont, sind es zwei der schwierigsten Gesetzentwürfe, die je den badischen Landtag beschäftigt haben, weil durch sie der Steuerfuß, die Besteuerung des gewerblichen und des landwirtschaftlichen Betriebvermögens, der Schuldendienst, die Verteilung der Schullasten auf Staat und Gemeinde, der Anteil der Gemeinden an den Steuererträgen des Reichs und des Landes, die Steuerregelung der Kreise und noch viele andere Steuerprobleme festgelegt werden mußten. Es ist deshalb wahrscheinlich, daß auch die zweite Lesung des Haushaltsausschuß noch in mehreren Sitzungen beschäftigt wird.

Am Samstag debattierte man des längeren noch über die Fassung des sogenannten Lastenausgleichsgesetzes. In der Regierungsvorlage waren ihm zwei Millionen Mark als fester Jahreszuschuß

des Staates zugewiesen. Der Haushaltsausschuß aber ging darüber hinaus und beschloß, daß mindestens zwei Millionen Mark ihm zugeführt werden müssen, soll er seinen eigentlichen Zweck, als Zuweisungsfonds für arme und zuschußbedürftige Landgemeinden zu dienen, erfüllen. — Auch formulierte der Ausschuß noch den § 29 des Gesetzes, der die Verteilung der Schullasten zwischen Staat und Gemeinde regelt. Nach Annahme des Antrages unseres Gen. Abg. Maier, der die gänzliche Uebernahme des personellen Schulaufwandes auf den Staat beschloß, mußte der § 29 eine wesentlich andere Fassung erhalten, als ihn die Regierungsvorlage vorgesehen hatte.

Nachmals die Verteilung der Schullasten

Bird der Antrag Maier (Soz.) durchgeführt, der die Uebernahme des gesamten personellen Schulaufwandes auf den Staat fordert und der im Haushaltsausschuß des Landtages gestellt wurde, dann entfiel nach neueren Berechnungen gegenüber der Regierungsvorlage eine Mehrausgabe von 43 Mill. Mark. Der Antrag Dr. Glöckner (Dem.), den wir ebenfalls in seinem Wortlaut bereits mitgeteilt haben, verurteilt eine Mehrausgabe von 22 Millionen, der Antrag Dr. Baumgartner (Zent.) 18 Mill. in seiner modifizierten Fassung 9 Mill. Annahme fand bekanntlich der Antrag Maier. Die Anträge Glöckner und Baumgartner waren damit erledigt.

* Die Finanzierung der Redaktionsgesellschaft. In Heidelberg a. Brunn sind bisher eine halbe Million Aktien der Redaktionsgesellschaft gezeichnet worden. Weitere Zeichnungen stehen in Aussicht. Der Bezirk Murringen hat bis jetzt einen Betrag von 155.000 M. übernommen. Im Bezirk Heilbronn ist von Industrie- und Handelsfirmen bereits eine Summe von über vier Millionen Mark gezeichnet worden. Auch hier sind die Zeichnungen noch nicht gezeichnet worden. Auch hier sind die Zeichnungen noch nicht abgeschlossen.

„Badische Post“ — Badische Betriebsstelle. Vor dem Kreisrichter Schöffengericht kam letzten Samstag der Prozeß gegen die badische Betriebsstelle gegen die „Badische Post“ in Heidelberg zur Verhandlung. Der Direktor der badischen Betriebsstelle hatte gegen den Hauptredakteur der „Badischen Post“ A. Fischer Verleumdung angeklagt wegen dreier im November v. J. erschienenen Artikel, in denen der badischen Betriebsstelle vorgeworfen wurde, daß sie gegen das Staatsinteresse Reichsvermögen verschleudert habe und bei ihr Schaltungen vorgekommen seien. In der Verhandlung war von beiden Seiten ein großer Zeugenapparat aufgetrieben worden, von denen 8 benommen wurden. Aus den Zeugenausfagen ging hervor, daß bei der badischen Betriebsstelle wohl auch einige Unregelmäßigkeiten unterlaufen sind, daß aber die den Gegenstand der Verleumdung bildenden Behauptungen nicht erwiesen werden konnten, und insbesondere der leitende Direktor Heinrich den Geschäften der Betriebsstelle stets ordnungsgemäß oblag. Auf Vorschlag des Vorsitzenden kam zwischen beiden Parteien ein Vergleich zustande, wobei der Beklagte erklärte, es habe ihm fern gelegen, den Privatkläger beleidigen und er habe mit seinem Artikel nur dem öffentlichen Interesse dienen wollen. Aus dem Gang der Verhandlung habe er sich überzeugt, daß er durch seine Gewährsmänner irreführt worden sei, er nehme die beleidigenden Formulierungen zurück. Die Gegenpartei gelang dem Beklagten zu, daß er in gutem Glauben gehandelt habe. — Der Beklagte wurde zur Freigabe der Kosten und zur Veröffentlichung einer entsprechenden Erklärung verurteilt. Eine Gegenklage gegen den Privatkläger wurde zurückgenommen.

Daß die „Badische Post“ nun nach diesem Ereignisfall in ihren Kampfmethoden anständiger wird, ist natürlich nicht zu erwarten. Wäiter dieses Schlags leben nur vom persönlichen Kampf, und auch eine gelegentliche gerichtliche Festnagelung vermag nicht, ihr Verstand zu wirken.

Der Redaktionsrat. In der Stadthalle von Heidelberg fand eine Besprechung des Redaktionsrates statt. An der Spitze stand der am Redaktionsrat anwesende und für die Redaktionsgesellschaft interessierten badischen Gemeinden und Bezirke hat. Es handelte sich dabei darum, ob und in welchem Umfang sich die Gemeinden bei der Uebernahme der Aktien der Redaktionsgesellschaft beteiligen wollen. Die Gemeinden erklärten sich bereit, je nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit sich an der Aktienzeichnung zu beteiligen. Am gleichen Tage fand in der Handelskammer in Mannheim eine vom Süddeutschen Kanalverein einberufene Versammlung statt, die recht zahlreich von Vertretern des Handels, der Industrie, des Landwerts und der Arbeitervereinigungen besucht war. Die Beteiligten erklärten sich ebenfalls bereit, sich an der Aktienzeichnung zu beteiligen. Die endgültige Gründung der Redaktionsgesellschaft, insbesondere auch die Entscheidung über die Zusammenlegung des Aufsichtsrats, soll am nächsten Dienstag in Stuttgart erfolgen.

Gleich darauf trat Stille ein, die Unerwartetes in sich zu bergen schien. Die Unzahl der an den ragenden Masten wehenden Fahnen schien stärker zu flattern.

„Nun macht er Öffentlichkeits nur fertig!“ dachte Knobbe voll Grimm. Ein untertänigstes Nicken folgte wie ein Bindhauk im Eisenwald über die Menge hin. Eine mächtige, gasgefüllte Krone löste sich aus dem Adler oben auf dem Gerüst los.

Der Kaiser! Er will die Krone abhaben!

Im gleichen Augenblick wurde der neue Kaiser auch für den zornigen Knobbe sichtbar. Ein am Gerüst angebrachter Aufzug hob ihn, der in einer schwarz-weiß-roten Krone stand, wohl zwanzig Meter hoch. Die Krone lag unter den garten Klängen des niederländischen Volksgesanges feierlich langsam auf einer Kreisbahn rings um das Gerüst, und alles oberdeutsche Volk sah ihn, den Herrscher, in seiner Erhabenheit. Aber das Gesicht des Kaisers war bleich, weiß wie Schnee, sowohl von der Bedeutung des Moments als auch von der Drehbewegung da oben, die ihn beinahe seitwärts gemacht hatte.

Die Musik brach ab; eine Weile lastete ein weltgeschichtliches Schweigen über dem Festplatz, dann geräuselt eine kräftige Stimme das Schweigen. Der Kaiser sprach. Und er sagte alles, was ihm beugte, in den einzigen Satz zusammen: „Ich werde euch herrlichen Zeiten entgegenführen.“ Dann entfaltete er einen Bogen, um das zu verdeutlichen, was Götterleuchter ihm aufgeschrieben hatte. Er kam nicht mehr dazu.

Jedenfalls am Rande des Festplatzes entstand eine Bewegung, ein großes, unaläubiges Murren wurde laut, Enttäuschungsrufe schallten von den Tribünen.

Knobbe redte vergeblich den Dais. Da hörte er hinter sich verzweifelte Schreie. Ein Maschiner kam auf der letzten Feststraße herangeholt. Knobbe erkannte einen seiner Diener.

„Karl“ brüllte Knobbe fragend.

„Die Rücklinge! Sie haben die Werte! Züllinger...“

„Wähnt! Ausgeschloffen!“ schrie Knobbe und ließ den Diener schweigen. Aber die Antie ärteten ihm.

Vorn auf dem Festplatz verbreitete sich eine ähnliche Schredensstille. Die Oberdeutschen, die vorläufig nur einen kleinen, örtlichen Aufruhr vermuten konnten, gedachten sich freilich hierdurch nicht allzu arg stören zu lassen. Welche werden gegeben, hier und da verlief einer und der andere den Festplatz und die Tribünen, es wurde wieder stiller. Götterleuchter winkte beruhigend.

Da ereignete sich das Unbeschreibliche

(Fortsetzung folgt.)

Die E...
 der öff...
 wou...
 zu ite...
 nstprof...
 reibung...
 Kauslehr...
 prgramm...
 (hale) an...
 keuliches...
 den Ziele...
 den Re...
 zungen na...
 wie der R...
 leiter dien...
 nam von...
 mung aller...
 Deutlich...
 von des...
 Regierung...
 ang geto...
 rangsorga...
 der Wirk...
 die Volk...
 Die erste...
 Landtag...
 Figur, die...
 eine zu...
 nicht schon...
 hier werde...
 führung...
 Kaiser un...

Die...
 nachmitt...
 Rameifabr...
 beschloffen...
 für Beob...
 mit der...
 ein Teil d...
 auf. Kon...
 gendliche

Auf...
 schriftlich...
 Auf eine...
 führung de...
 zeit der...
 in Berlin...
 Minister...
 teil der...
 nicht an...
 ten, was...
 sterium...
 Anfrage...
 die Krisi...
 treter m...
 funder...
 überlasse

jetzt von...
 für besa...
 hufen so...
 und dem...
 gen Pre...

gierung...
 Interesse...
 Nachprüf...
 Götterleuch...
 pellation

des Du...
 dann g...
 für die...
 Es sind...
 nimm...
 diese G...
 wenig L...
 bei sich...
 Formen...
 viel vor...
 festigen...
 ja auch...
 Bejallen...
 Leiden...
 Frauen...
 haupt...
 ren, bi...
 solchen...
 Stadthe...
 Angehö...
 anlang...
 Reiche...
 in Ge...
 gebende...
 Mitten...
 wies m...
 in die...
 wurden...
 Je mel...
 waren...
 Die Be...
 stam B...
 stam B...
 Wfang...
 geübel...
 prädis...
 ist fo...

Die Schulmutterpflege. Das Ministerium des Kultus und Unterrichts berief vor kurzem eine Anzahl Interessenten und Sachverständige zu einer Konferenz nach Karlsruhe, auf welcher Fragen der öffentlichen wie insbesondere der Schulmutterpflege besprochen wurden. Unter dem Vorsitz des Geh. Rats Dr. Armbruster und zeitweise des Ministerialdirektors Schmidt nahmen fast das gesamte Unterrichtsministerium, die Universitätsprofessoren Dr. Kroyer, Heidelberg und Dr. Gurlitt, Freiburg, ferner der Musikinspektor, sowie Direktoren und Hauptlehrer der einzelnen Schulgattungen (Gymnasium, Realprogymnasium, Höhere Mädchenschule, Seminare und Volkshochschule) an der Beratung teil. Die Besprechungen ergaben ein klares Bild über den heutigen Stand und die zu erstrebenden Ziele der Regierung als Unterlage und Material für Verbesserungen namentlich auf dem Gebiet der Schulmutterpflege, sowie der Neugestaltung der Ausbildung der staatlichen Musiklehrer dienen. Die Beratungen erstreckten sich über einen Zeitraum von 1 1/2 Tagen und zeigten eine erfreuliche Übereinstimmung aller Sachleute in den einschlägigen Fragen.

Deutschnationale Wählervereine. Die deutschnationale Fraktion des badischen Landtags hat folgende kurze Anfrage bei der Regierung eingebracht: Welche Vorlesungen hat die Regierung getroffen, oder wird sie alsbald treffen, damit im Regierungsorgan (Karlsruher Zeitung) Anzeigen von unwürdiger Wirkung wie sie jetzt gerade gegen Bayern und das bayerische Volk begangen worden sind, künftig nicht mehr vorkommen? Die erste Wirkung dieser deutschnationalen Anfrage wird im Landtag wohl zunächst große Heiterkeit sein. Denn die Figur, die diese deutschnationalen Kapitolstürzer abgeben, ist doch eine so komische. Bayern und seine Zustände könnte, wenn es nicht schon kompromittiert genug wäre, nicht ärger kompromittiert werden, als durch diese bayerische deutschnationale Unternehmung. Aber die schönen Seelen finden sich halt immer, zu Wasser und zu Lande.

Gewerkschaftliches

Wiederaufnahme der Arbeit in der Kamiefabrik Grimmeningen

Die Dreisgauer Nachrichten teilen mit: „In einer gestern nachmittags stattgefundenen Versammlung der Arbeiter der Kamiefabrik wurde die Wiederaufnahme der Arbeit am Montag beschlossen und damit der seit rund 10 Wochen dauernde Streik für beendet erklärt. Auf Grund von nach der Versammlung mit der Direktion der Fabrik gepflogenen Verhandlungen nahm ein Teil der Arbeiterschaft schon heute morgen die Arbeit wieder auf.“ Voraussetzungen unterbleibt nunmehr die vor 8 Tagen angekündigte allgemeine Aussperrung der badischen Textilarbeiter.

Badischer Landtag.

43. öffentliche Sitzung
gr. Karlsruhe, 20. Juni.
Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 3.20 Uhr.

Kurze Anfragen

Auf eine kurze Anfrage des Abg. Großhans (Soz.) betr. Haf- und Zollkontrolle auf der Strecke Basel-Konstanz wird schriftlich mitgeteilt, daß Zollleichterungen geschaffen wurden. Auf eine kurze Anfrage der Abg. Frau Wiese (Soz.) um Erhellung der Quantitäten von Einmachwaren für die Bevölkerung mit der Regierungsvorteiler mit, daß die Regierung darüber in Berlin vorstellig wurde. — Auf eine kurze Anfrage des Abg. Mäurer-Lahr (Soz.) betr. der hohen Milchzuckerpreise in Lothar teil der Regierungsvorteiler mit, daß die Viehzüchtergemeinden sich nicht an den festgesetzten Preisen halten und sogar noch drohen, was nicht scharf genug verteidigt werden kann; das Ministerium drängte auf ein rasches Schlichtgericht. — Auf die Anfrage des Abg. Arnold (Soz.) um Einreichung von Kehl in die Ortsklasse B des Arbeiterlohntariffs teilt der Regierungsvorteiler mit, daß dies nicht Sache des Finanzministeriums ist, sondern des Reichsverkehrsministeriums, dem eine Änderung überlassen bleibt.

Die Mietpreise für Lagerplätze

Abg. Weishaupt (Soz.) begründet seinen Antrag, daß die jetzt vom Reichsverkehrsministerium verlangten Mietpreise für behaute und unbebaute Lagerplätze auf den badischen Bahnhöfen so festgesetzt werden, daß sie den örtlichen Verhältnissen und dem Zweck ihrer Verwendung entsprechen, da die derzeitigen Preise viel zu hoch sind.

Ministerialrat Seeger teilt mit, daß von der badischen Regierung beim Reichsverkehrsministerium eine Änderung im Interesse des Landes gewünscht wurde und eine nochmalige Nachprüfung verlangt wird. Es folgen Ausführungen des Abg. Grelacher (Ztr.) und Abg. Schön (Dem.) im Sinne der Interpellation.

Das Heufieber

Wenn sich alle Welt der Freude des Frühlings, des Duftes der Blumen und der Pracht der Wiesen erfreut, dann gibt es eine nicht mal so sehr geringe Anzahl Unglücklicher, für die eine schlimme Zeit der Krankheit und Qualen beginnt. Es sind die vom Heufieber Befallenen, und ihre Leidenszeit nimmt in der zweiten Hälfte des Mai ihren Anfang, wenn die Kräuter auf den Wiesen ihre Hochblüte erreichen. Man nennt diese Erkrankung wohl auch Heuschnupfen und legt ihr früher wenig Bedeutung bei. Jetzt aber hat man erkannt, daß es dabei sich wirklich um eine Infektion handelt, die sehr schwere Formen annehmen kann. So lange sich das Heufieber nicht viel von einer anderen Erkrankung unterscheidet und man mit heftigem Niesen oder etwas Kopfschmerzen davon kommt, ist es ja auch noch nicht schlimm. Aber wenn juckendes Niesen die Befallenen quält und sie nur mit Hilfe von Morphium ihre Leiden ertragen können, dann ist das Bild doch sehr verändert. Frauen werden häufiger davon ergriffen als Männer, und hauptsächlich sind es junge Leute und solche in den besten Jahren, die die Krankheit packt, während der Schwere vor einem solchen Anfall mit den Jahren wächst. Auch sind es meistens Stadtbewohner, die sich das Heufieber auswascht, und zumisch Angehörige der „höheren“ Stände, bei denen eine nervöse Veranlagung deutlich hervortritt. Die Krankheit war bis vor einer Reihe von Jahren in ihrer Entstehung und in ihrem Verlauf ein Geheimnis. Erst als sich die medizinische Forschung ihr entgegen zu wandte, stellte sie fest, daß die Beschwerden durch Blütenpollen der Luft hervorgerufen werden. Durch Versuche wies man nach, daß, wenn die Pollen einer bestimmten Pflanze in die Nase oder Augen einer prädisponierten Person gebracht wurden, sofort ein charakteristischer Anfall der Krankheit erfolgte. Je mehr Blütenpollen sich in der Luft befanden, desto schwerer waren die Erscheinungen, die bei Heufieberkranken auftraten. Die Pollen von über 130 verschiedenen Pflanzen sind zu diesem Zwecke untersucht worden, und man fand, daß der Blütenstaub von 26 verschiedenen Gattungen und nur sieben anderen Pflanzenarten die vergiftende Wirkung hervorbrachte; als am gefährlichsten erwies sich der Roggen. Nunmehr ist es auch festgestellt, ein besonderes Gift im Blütenstaub festzustellen, das bei prädisponierten Personen die Krankheit hervorruft. Dieses Gift ist so wirksam, daß schon die kleinsten Spuren, eine Menge von

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.):

Auch uns erscheinen die Maßnahmen der Reichsverkehrsverwaltung falsch. Sie sind schon deshalb falsch, weil die behauten und unbebauten Plätze von der Verkehrsverwaltung verschieden taxiert werden. Die Mieteingangsämter sollen, wie in Freiburg, auch schon gegen die Forderungen der Eisenbahnverwaltung es nicht auf Klagen antworten lassen, sondern sich zu nochmaliger Prüfung bereit finden lassen und einen angemessenen Sach machen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Odenwald (Dem.), Spengler (Ztr.), Fehr (Dem.), Maier (D.M.) wird der Antrag Weishaupt einstimmig angenommen.

Die Betriebsstilllegungen bei Benz und Lang

Abg. Arnold (Soz.):

Die der förmlichen Anfrage zu Grunde liegende Interpellation lautet: Die Firma Benz in Mannheim beabsichtigt, ab 1. Juni 1921 einen Teil ihres Betriebs, das „alte Werk“, stillzulegen. Durch diese Maßnahme werden etwa 1000 Arbeiter und Angestellte arbeitslos. Gleichzeitig legt die Firma Lang in Mannheim den Betrieb der Aufschiffwerft still. Was denkt die Regierung zu tun, die dadurch entstehende Arbeitslosigkeit im Mannheimer Industriegebiet zu unterbinden? Wir wenden uns dagegen, daß die Arbeiter für den Wiederaufbau der Flotte fast durchweg an der Wasseranteile vorgenommen werden. Wir verlangen, daß diese Arbeiten anders verteilt werden. Unter den Arbeitern besteht die begründete Vermutung, daß die Firma Benz im Grunde mit den Industriellen eine Produktionsverteilung vornimmt. Die Arbeiter sind der Ansicht, daß die Regierung ihre Interessen nicht genügend vertretet, nachdem der bayerischen Regierung die Zuteilung von Aufträgen gelang. Wir halten es für notwendig, daß sich die Herren vom Gewerbeaufsichtsam, wenn sie sich orientieren wollen, auch an die Arbeiter wenden, statt einseitig an die Betriebsleitung. Was die Firma Lang betrifft, so flozierte diese im Kriege zugunsten der Aktionäre, bis sie späterhin durch alle möglichen Experimente immer weiter heruntergebracht wurde. Diese Experimente führten dazu, daß die Firma zu großen Stilllegungen schreitet, weil die Aktionäre kein Geld hineinstecken wollen. Dabei erhielt als Entschädigung der Hauptaktionäre höchstens 84 Millionen mit der Bestimmung, sie in die deutsche Industrie hinein zu tun. Nun sollen aber die von Deutschland gezahlten 84 Millionen in holländische Betriebe hineinwandern; kein Wunder, daß sich die Arbeiter hierüber aufregen und immer wieder Putzschere vornehmen. Wir verlangen, daß alles getan wird, um Stilllegungen zu verhindern. Wir erkennen die Pflichten gegen das Reich an, verlangen jedoch auch unsere Rechte. Wir haben deshalb folgenden Antrag eingereicht:

„Die badische Regierung hat alles zu tun, um weitere Betriebsstilllegungen in Baden zu unterbinden. Die badische Regierung und das badische Auftragsamt in Berlin wird ersucht, bei der Reichsregierung mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß bei Vergebung von Arbeiten durch das Reich, insbesondere beim Wiederaufbau der Handelsflotte, die Arbeiten für Wiedergutmachung und dem Wiederaufbau Nordfrankreichs die badische Industrie und das Handwerk entsprechend berücksichtigt wird.“

Oberregierungsrat Niekman berichtet über den Gang der Verhandlungen und erklärt, daß die Schütte-Ranz eine Reihe Umstellungen veranlaßt sei. Wir waren bemüht, die Reueinstellung von Betriebsmitteln zu vermitteln, hatten jedoch keinen Erfolg damit. Die Einstellung der Reichsregierung, wie die heim ist im Verhältnis zu der vom Reich ertraglich, wie die Arbeitslosenziffern beweisen. Forsheim, Karlsruhe haben höhere Arbeitslosenziffern als Mannheim. Weitere Maßnahmen zur Beschäftigung der Arbeitslosen werden erzwungen. Auch durch Baudarlehen suchen wir den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Abg. Vogel (Dem.) unterstützt den sozialdemokratischen Antrag. Durch die erschwerten Frochthöhe, vor allem nach dem Osten, ist die Mannheimer Industrie in eine missliche Lage gekommen. Wenn wir Steuererlässe machen, müssen auch Leute da sein, die die Steuern zahlen. Die Luftschiffahrt Mannheim mußte naturgemäß einen Rückschlag erleiden.

Abg. Mager (D.M.) erklärt seine Unterstützung zu dem sozialdemokratischen Antrag.

Abg. Weurich (Zent.) schließt sich dem sozialdemokratischen Antrag an und ist gemäß der eingebrachten Gutachten der Ansicht, daß die Firmen alles getan haben, die Einstellungen zu vermindern.

Abg. Wehner (Soz.):

Es ist nicht allein der Mangel an Aufträgen bei Benz, sondern es wird eine gewisse Schiebung vorgenommen. Neuforderungen des Mannheimer Syndikats der Industriellen beweisen dies. Die Firma verlangte auch die Verkleinerung des Betriebszweckes, bedauerlich ist, daß sich auch ein Regierungsvorteiler auf diesen Standpunkt gestellt haben soll. Warum eilt man so sehr mit dem Abbau des Betriebszweckes? Der Dieselmotor

0,00025 Milligramm, d. h. der Giftgehalt von nur zwei oder drei Kollennförmchen, Heufiebererkrankungen hervorruft. Das beste Mittel, der Krankheit zu entgehen, ist natürlich Luftveränderung, indem man in den gefährlichen Zeiten Gegenden aufsucht, wie das Hochgebirge und das Meer, wo die Gräserblüte noch nicht eingeleitet hat. Außerdem hat man aber jetzt auch eine besondere Impfmethode ausgedacht, die zwar bei schweren Formen die Krankheit nicht vertreibt, aber doch die Stärke der Anfälle vermindert.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

Die Geisteserfassung der russischen Bolschewisten. Auch ein Beitrag zur materialistischen Geschichtsauffassung. Von Dr. Ludwig Bendix. Preis 3 M. Herausgegeben von „Aufbau und Werden“. Der „Firn“, Verlag für praktische Politik und geistige Erneuerung, Berlin W 35.

Der Verfasser geht von der Frage aus: Worin besteht das bolschewistische System? Welches sind seine geistigen Grundlagen? Und er kommt in seinem völler- wie sozialpsychologisch gleich interessanten Essay zu dem Ergebnis, daß das innere Wesen des Bolschewismus aus zwei Quellen fließt: aus dem grenzenlosen seelischen Durst der russischen Volksseele nach Höherem, nach einem festen Ufer, nach einer neuen Heimat, wie ihn Dostojewski am ergreifendsten geschildert, und aus einer primitiven, unerschütterlich selbstischen Auslegung des proletarischen Klassenkampfes, wie ihn der Marxismus seiner Geschichtsauffassung zu Grunde gelegt.

Deutsche Arbeiter-Sängereitungen. Organ des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes. Inhalt der Nummer 6 des 22. Jahrgangs: Der Schulgefang vom Standpunkte des Proletariats. — Bach und Wagners. — Die Kunst als Volksbildungsmittel. — Non-sensurberichte. — Aus den Mitgliedskreisen. — Kleine Chronik. — Verzeichnisse. — Demogang. — Bücherchau. — Briefkasten. — Bekanntmachungen.

Konservatorium für Musik der Landeshauptstadt Karlsruhe: Dienstag, 21. Juni, Prüfungskonzert der Ausbildungsklassen 5 Uhr im Saal der Anstalt.

wird trotz des Einspruches der Franzosen späterhin wieder eine Rolle spielen; denn er ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit, besonders für den Handelschiffbau. Wir verlangen Berücksichtigung der Mannheimer Industrie. Sollten die Industriellen nach alten Rezepten verfahren, mißliebige Arbeiter hinausdrängen, so werden sie sich verrechnen.

Ministerialrat Dr. Fuchs weist auf die Schwierigkeiten der Arbeitsbeschaffung angesichts der großen wirtschaftlichen Umwälzungen hin. Alles was zur Behebung der Schwierigkeiten geschehen kann, wird getan. Wenn wir in Baden eine geringere Arbeitslosenziffer als im Reich haben, so ist daran das verständnisvolle Zusammenarbeiten von Arbeitgeber und Arbeitnehmer schuld. Nicht richtig kann sein, daß von einem Regierungsvorteiler nicht mit den Arbeitern verhandelt wurde, doch wird die Sache untersucht. Seitens des Arbeitsministeriums ist in Berlin nichts veräußert worden, was der Arbeitsbeschaffung dienlich war.

Abg. Vogel (Dem.) erklärt, daß die Verringerung des Betriebszweckes in der verringerten Arbeiterzahl liegt.

Abg. Arnold (Soz.):

Der Betriebsrat der Firma Schütte-Ranz wies bereits im vorigen Jahre in einer Denkschrift auf die Verbesserungsnotwendigkeit der Verhältnisse hin. Man ging jedoch nicht darauf ein. Was die vom Abg. Vogel bestrittenen Erhebungen unter den Arbeitern betrifft, so hat die Arbeiterschaft, um diese zu erkennen, ein gewisses Barometer. Die verschiedenen Art der Entlassungen zeigt, daß gefiebt werden soll. Im Interesse der Arbeitslosen erwarten wir, daß die Reichsregierung mit Arbeitsbeschaffung an die Hand geht.

Der Antrag Arnold (Soz.) u. Gen. wird einstimmig angenommen.

Die sozialdemokratische Interpellation über die Verhältnisse am Amtsgericht Altsheim wird zurückgestellt, da lt. Mitteilung des Abg. Kausch (Soz.) neues belastendes Material einging.

Vorausgenehmigung von Teilen des 3. Nachtragssetats

Abg. Dr. Gladner (Dem.) berichtet namens des Ausschusses über die dringlichen Anforderungen des 3. Nachtragssetats. Für Schaffung von Wohnungen im Kaiserhof, Hofgebäude des Landesgefängnisses in Mannheim und in der Marktallstraße in Schwetzingen werden vom Finanzministerium 1 624 000 M. verlangt. Das Arbeitsministerium fordert an als Anteil Badens am Aufwand für die soziale Kriegsbeschäftigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge (Nachforderung) 2 343 000 M.; Beiträge zum Aufwand für die Erwerbslosenfürsorge 6 000 000 M.; Hebung von Hochwasserhäfen an den im Staatsflußbauverband stehenden Gewässern mit 2 392 000 M.

Ministerialrat Fuchs (auf der Tribüne unverständlich) gibt einige Erläuterungen zu den Anforderungen.

Die voraus zu genehmigenden Anforderungen zum 3. Nachtragssetat werden einstimmig genehmigt.

Petitionen

Die Petition der Landeszentrale des badischen Einzelhandels in Karlsruhe gegenüber den Auswüchsen des Kaufmanns wird durch die Maßnahmen der Regierung als erledigt erklärt. — Ueber die Petition der badischen Gesellschaft für soziale Hygiene bezüglich Tafsingsverbot wird zur Tagesordnung übergegangen.

Ein von Abg. Mellert (Soz.) eingegangener Antrag wünscht die Einreihung von Kahlst in eine höhere Ortsklasse. Präsident Kopf wird beauftragt, den Termin der nächsten Sitzung festzusetzen.

Schluß der Sitzung: 7.30 Uhr.

Zweck allgemeiner Einführung von Sonntagsfahrkarten

hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion folgende kurze Anfrage eingereicht:

„Zeitungsnachrichten zufolge soll die Reichseisenbahnverwaltung beabsichtigen, ab 1. Juli ds. J. versuchsweise in den Städten Mannheim und Karlsruhe für den Sonntagsverkehr Fahrkarten zu ermäßigtem Preis auszugeben. Eine solche Maßnahme würde eine einseitige Bevorzugung der Einwohner der genannten Städte bedeuten. Ist die Regierung bereit, bei der Reichseisenbahnverwaltung dahin zu wirken, daß überall im Lande für den Sonntagsverkehr Fahrpreisermäßigungen gemacht werden?“

Förderung des Wohnungsbaues

Dem badischen Landtag ist ein Gesetzentwurf zur Deckung des außerordentlichen Staatsbedarfs für die Förderung des Wohnungsbaues zugegangen. Danach wird zur Befreiung des nach Reichsgesetz vom Lande Baden hierfür aufzubringenden außerordentlichen Aufwandes ein Kredit von 210 Millionen Mark bewilligt. Ueber diesen Kredit verfügt das Arbeitsministerium zusammen mit dem Finanzministerium. Die Mittel sind im Wege des Staatskredits flüssig zu machen. Ueber die Verwendung ist dem Landtag jedes Jahr ein besonderer Nachweis zu führen.

Im Eingang des Landtags befinden sich verschiedene Petitionen, die zumeist das Ertragssteuergesetz und die Ortsklasseneinteilung, wie für die Orte Kehl und Lohmooß betreffen. Von der Organisation bildender Künstler Badens liegt eine Petition betr. den Verkauf von im Staatsbesitz befindlichen Kunstgegenständen aus der Kunsthalle in Karlsruhe vor. Der Verband badischer Dentisten petitioniert um Ablehnung der Eingabe der Zahnärztekammer betr. Aufhebung der staatlichen Dentistenprüfung. Eine Wiesbacher Petition wünscht die Erweiterung der dortigen Realschule. Ein vorliegender sozialdemokratischer Antrag wünscht die Veretzung von Schwetzingen in eine höhere Ortsklasse.

Aus der Partei

Weingarten, 20. Juni. Sozialdem. Verein. Donnerstag, 23. Juni, abends 1/9 Uhr, findet im „Höfle“ eine Parteiversammlung statt. Die Tagesordnung ist eine sehr wichtige, weshalb es Pflicht aller Genossen ist, zu erscheinen. Ferner werden die Parteigenossen erjudet, ihre Mitgliedsbücher in Ordnung zu bringen, damit am Quartalschluß, 1. Juli, pünktlich abgerechnet werden kann.


 Damen- und Wetter-Mäntel
 LODEN- UND WETTER-MÄNTEL
 GUMMI-MÄNTEL
 Sporthaus Freundlieb, Karlsruhe, Kaiserstr. 185
 Preisliste über Sportausrüstung gratis

Deutscher Reichstag

Berlin, 20. Juni. Die Sitzung beginnt kurz nach 1/4 Uhr. Der Entwurf der deutsch-sowjetischen Friedensvereinbarung wird ohne Debatte an den auswärtigen Ausschuss überwiesen.

Die Besprechung der Gareis-Interpellation

Abg. Bagille (D.M.): Die Interpellation beschäftigt sich mit einer Angelegenheit, deren Aufklärung allein Sache der Polizei, der Staatsanwaltschaft und des Gerichts sei, nicht aber Sache des Reichstags. Was hat die Reichsregierung veranlassen können, dieser Interpellation den Vorzug zu geben vor den Interpellationen über Oberschlesien und der besetzten Rheinlande? Das Ziel der Unabhängigen ist die Diktatur des Proletariats. Auch die Interpellation dient diesem Ziel. Wie kommt man dazu, den Mord in Verbindung zu bringen mit der Regierung von Kahr? Weil diese Regierung den stärksten Widerstand seineswegs gegen die Arbeiterklasse. Das ist im 20. Jahrhundert ausnahmslos. (Als der Redner den Abgeordneten der Linken zuruft: „Hören Sie gut zu, Sie können viel lernen!“ wiederholt.) Wir vertreten die wahre Demokratie (Radon links). Der Redner fährt fort: Ungewöhnlich ist es, daß ein bürgerlich-republikanischer Reichstagsler sich gefunden hat, der die Ziele einer Partei fördert, die den Umsturz des Staates und der Religion erstrebt. Der Reichstagsler hatte die Pflicht, die Verächtlichkeit der Interpellation zurückzuweisen. Statt dessen hat er eine so tiefe Verbeugung vor der äußersten Linken gemacht, daß er nach hinten auswich und die Rechte mit unbedingtem Ansehen traf (Große Reiterzeit). Der Reichstagsler hat kein Wort der Abwehr gefunden, als der Abg. Unterleiner den General Ludendorff zum deutschen Nationalen Gesindel rechnete. Ein Volk wehrt sich durch die Ehre seiner großen Männer, und Ludendorffs Name wird nach Jahrtausenden das Übergewicht seiner Widersacher überstrahlen (Gelächter links). Rufe bei den Kommunisten: Der Massenmörder! Wenn der Reichstagsler die läbliche Wirkung seiner Rede auf das Ausland nicht bedacht hat, so muß ich diese Wirkung aufheben (Gelächter links). Die Zukunft unseres Volkes unter Führung dieses Reichstagslers kann man nicht wagt genug ansehen (Gelächter rechts, Gelächter links). Aber all das ist nur ein schwacher Abglanz der terroristischen Akte von links, wie sie in Rußland üblich sind und von denen wie Däumling betäubigt werden. Ihre Presse (nach links gemendet) verherrlicht Holz als Nationalhelden. (Achter Widerspruch bei den Unabhängigen.) Mittwoch (U.S.P.) ruft: Wie können Sie unsere Presse so falsch verdächtigen? Die fortgeschrittenen Drobungen gegen Bayern können die im Gange befindliche Entmündigung nicht beschleunigen. Die Einwohnervorhaben sind Ihnen (nach links gemendet) nur deshalb ein Dorn im Auge, weil Offiziere und Arbeiter Hand in Hand arbeiten. (Abg. Seine (Soz.) ruft: Neben Sie doch nicht so dummes Zeug! Er wird vom Präsidenten Löbe zur Ordnung gerufen.) Die Mehrheit des bayerischen Volkes steht hinter der Regierung von Kahr.

Abg. Schöb (D. Sp.): Wir verurteilen den verwerflichen Mord auf das allerhöchste. Wir rücken ab von einem politischen Verfahren, das zum Faustrecht führt. Wir verurteilen die in Bayern aufgenommene Methode, politischen Gegnern nach den Versammlungen aufzulauern. Es muß schädel, um eine Sache stehen, die nur mit Gummiknüppeln oder Revolvern verteidigt werden kann. Wir verurteilen es auch, daß in einem Teile der bayerischen nationalen Presse Lüge laut werden, die die Staatsautorität gefährden und einen Gegensatz zwischen Nord und Süd erzeugen können. Die Rede des Reichstagslers verrät nichts von Objektivität, die er selbst gefordert hat. Ihr zweiter Teil wäre nur verständlich, wenn der Mörder bereits gestanden hätte, daß er von monarchistischer Seite gebunden worden sei (Sehr wahr! rechts). Es macht den Eindruck, als ob der Reichstagsler bei der Reklame der Sammlung nach links gar keinen und nach rechts einen scharfen Trennungstrieb mitten zwischen den bürgerlichen Parteien ziehen wolle. Solange der Mord nicht aufgeklärt ist, liegt dem Reichstag gar kein Anlaß vor, sich mit der Interpellation zu beschäftigen. Sie wird wie der verfehlte Generalsprei ein Schlag ins Wasser bleiben (Beifall rechts).

Abg. Hamm (Dem.): Die Beratung dieser Interpellation im Reichstag kann in ihrer bisherigen Form dem Verhältnis Bayerns zum Reich kaum förderlich sein. Wir müssen in dieser Frage weise Vorsicht walten lassen, wie sie auch bei Reichstagsler gefordert hat. Der in Nacht und Nebel verübte Mord ist nicht aufgeklärt. Da zielt sich Zurückhaltung und Schweigen. Wenn der „Vorwärts“, „Die Freiheit“ und die „Münchener Post“ es so hinstellen, als sei festgestellt, daß die Tat von reaktionärer Seite verübt sei, so ist das eine Sünde wider die Gerechtigkeit (Sehr richtig! bei den Demokraten und rechts). Weil auch die Arbeiterklasse eingeschlagen hat, daß keine Beweise für den Verdacht eines politischen Mordes vorhanden sind, darum ist der Generalstreik gescheitert. Man darf in der Rede des Reichstagslers nicht eine Gefährdung gegen Rechts sehen. In Bayern ist das Verlangen des Volkes nach Ruhe und Ordnung sehr verständlich; denn wie hier war die Revolution volkstümlich und unwilliger als anderswo. Die Unterscheidung zwischen Volkstümlichkeit, U.S.P. und Sozialdemokratie verdient die plumpe Bezeichnung „Völkischen Beobachters“ und des „Münchener Anzeigers“ die schärfste Verurteilung. Der Geist des „Völkischen Beobachters“ ist durchaus unbayrisch. Man erstrebt Veröhnung. Aber was hat die Partei des Herrn Bagille für diese Veröhnung getan? Sie hat den wüsten Rabaukenfeminismus gefördert (Sehr wahr! links). Sie hat nicht getan, die völkischen wüsten Beschimpfungen der Regierung, die tatsächlich zur Gefährdung des Reichsgedankens führen (Sehr richtig! links).

Abg. Hemmle (Rom.): Auf Bayern machen die Reichstagsberatungen gar keinen Eindruck. Der Militarismus ist konfrot. Auf die Nordbuben der Reaktion macht man Eindruck nicht mit Reden, sondern nur mit der realen Macht, die die Arbeiterklasse besitzt. Die bayerische Regierung ist nicht ein Produkt der Wahlen, sondern der Kapriade. Diese Regierung trägt die Verantwortung für die Mordtat, die in Bayern so juchendbaren Folgen geführt hat.

Abg. Dr. Pfeiffer (Str.): Meine Partei bedauert aufs tiefste den furchtbaren Mord an dem Abg. Gareis. Wir hoffen, daß der Täter bald seiner Strafe zugeführt werden kann. Die bayerische Regierung hat das größte Interesse einer sofortigen Aufklärung des Mordes. Es ist Aufgabe der bayerischen Regierung, der Gerechtigkeit Bahn zu schaffen. Unter den Führern während der Mordzeit befanden sich viele, die jüdischen Stammes waren; auch heute sind nicht alle Führer Bayern. In Bayern scheint Zwiespalt zu herrschen zwischen München und dem Lande. Am Land will man Ruhe haben und arbeiten; man hatte daher eine Abneigung gegen alle störenden Elemente. Zu gegenseitigem Verständnis kommen wir nur durch gegenseitige Achtung.

Abg. Eisenberger (Wahr. Bauernbund) verteidigt die Haltung seiner Freunde in der bayerischen Kammer. Die Bayern sind gute Kerle; sie sind nur in schlechten Auf genommen. Die Reichstagsler der Mitterrepublik waren keine Bayern. Die deutsch-völkischen Parteien, die unter der Parole gegen die Juden arbeiten, sind sehr gefährlich. Die norddeutschen Reaktionäre sind an vielem schuld. Die Waffen wurden in Bayern nur zum Schutze der Person gehalten. Man hat dort immer noch die

Mitterregierung im Gedächtnis, sowie den Zustand in Mitteldeutschland. Die provozierenden Reden in der Einwohnerversammlung sind von Norddeutschland gehalten worden. Es ist nicht schnitten. (Heiterkeit.) Die Junker haben die Bauern viel mehr ausgebeutet als die Juden.

Abg. Solmann (Unabh.): Die Münchener Verbeugung muß ausgeräumt werden. Eher wird es nicht Ruhe geben. In aufstund reifertigen könnte.

Damit schließt die Aussprache. Anträge sind nicht gestellt worden; damit ist die Interpellation erledigt. Das Haus vertagt sich auf Dienstag 1 Uhr. Kleine Vorlagen. Interpellation über die Verbeugung der Beamten der Besoldungsgruppe VII. Reichsanleiengesetz. Schluß 8 Uhr.

Soziale Rundschau

Eine Sitzung des Badischen Landesversicherungsamts

Vom Arbeitersekretariat wird uns geschrieben: Am 9. Juni ds. Js. stand neben anderen Fällen die Reklamation der Tochter eines Landwirts von Heffeld wegen Unfallverletzung der Verletzten durch den Vertrauensarzt Geh. Obermedizinalrat Dr. Gaufer an. Die Entscheidung des Gutachtens geschah folgendermaßen: „Ich habe „die Person“ unterzucht.“ Dann folgten längere Ausführungen über das Resultat der Untersuchung. Dann kam ein zweiter Abschnitt, in welchem der Obergutachter seiner Meinung bezüglich seinem Befund und den vorgetragenen Beschwerden der Klägerin zum Ausdruck brachte. Er stellte die Aussagen der Klägerin als ungläubwürdig hin. „Diese Person“ ist eine Unberührerin, Schluchzende des Obergutachtens. Als Grund für die angeblich unrichtigen Beschwerden zeichnete der Obergutachter das Bestehen der Klägerin höhere Meute zu erhalten. Nun legte der Vertreter der Reklamation Verwahrung ein gegen die Art und Weise der Feststellung des Gutachtens. Er bestritt dem Obergutachter das Recht, die Klägerin als ungläubwürdig zu bezeichnen, da es Sache des Gerichts sei zu ermitteln, ob die Aussagen der Unfallverletzten oder die des Obergutachters für richtig anzusehen seien oder nicht. Weiterhin müsse aber ganz entschieden verlangt werden, daß die Unfallbeschädigten, welche nach dem Gesetz ein Recht zur Klage haben, nicht als „diese Person“ bezeichnet werden. Auch die Arbeiter haben einen guten Namen und wenn dieser dem Herrn Obergutachter nicht gegenwärtig ist, so darf man doch verlangen, daß er die Verletzten je nach Umständen bezeichnet. Die Bezeichnung „diese Person“ kann man ab und zu in den Gerichtsakten hören, wo es sich um Angeklagte handelt, die sich schwere Verfehlungen zu Schulden kommen ließen und welche eine durch und durch niedrige Gesinnung und eben solchen Charakter erkennen lassen. Man könnte nun annehmen, daß der Bericht erstatter, welcher auch dieses Gutachten vor Gericht abzugeben hat, den Sitzungssaal des L.V.A. mit dem der Strafammer über des Schurkengerichts verwechselte. Dies ist jedoch nicht deshalb ganz entschieden verworfen worden und mußte deshalb ganz entschieden verworfen werden gegen die Kränkung und Geringschätzung eingeleitet werden.

Das Bedauerliche an dem ganzen Vorfall ist jedoch, daß der Vorsitzende des Gerichts, Staatsrat Ströms, den Obergutachter in Schutz nahm und den Einspruch des Vertreters der Klägerin als „ungehörig“ zurückwies.

Wir übergeben diese Zeilen der Öffentlichkeit und dürfen wohl erwarten, daß diese Herren von der vorgesetzten Instanz eine Belehrung zuerleide wird, die dahingehet, daß wenn Arbeiter oder Angestellte ihr Recht, das sie laut R.V.O. haben, wahrzunehmen, sie nicht mit Ausdrücken bezeichnet werden, wie man sie schließlich im Gerichtssaal gegenüber schwerer angeklagten anwenden kann. Man darf sich nicht wundern, wenn das Vertrauen der Versicherten zu den Versicherungsbehörden in ihrer jetzigen Zusammenfassung immer mehr schwindet und wie notwendig die geforderte Reform in der Besetzung der Versicherungsbehörden ist, die dahingehet, daß die Leitung sozial verständigen Fachleuten übertragen wird.

Tagung der Kranenklassen. Der Gesamtverband der Kranenklassen Deutschlands, Eich Offen an der Ruhr, hält am 27. und 28. Juli seine ordentliche Mitgliederversammlung in Freiburg ab

Öffentliche Eisenbahnerversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes

Karlsruhe, den 20. Juni 1921.

Im Saale des Abfalls fand am Samstag nachmittags eine öffentliche Eisenbahnerversammlung statt, in welcher der frühere oberste Reichstags-Abgeordnete K. H. v. Berlin als Vorstandsmittglied des D.E.B. über folgende Fragen referierte: 1. Der Abschluß der Besoldungsreform; 2. Die neuesten Lohn- und Tarif-Veränderungen; 3. Der Kampf um das Mitbestimmungsrecht im Reichseisenbahnbetrieb.

Kurz nach 4 Uhr eröffnete der Vorsitzende der Ortsverwaltung Karlsruhe des D.E.B., Herr Verbandssekretär Bärle, die gut besuchte Versammlung und erteilte nach kurzen Begrüßungsworten dem Referenten das Wort. Dieser berichtete nun in äußerst sachkundiger und anschaulicher Weise über den Abschluß der Besoldungsreform usw., wobei er besonders hervorhob, daß die Besoldungsreform auch heute noch nicht zu Ende sei, da immer noch eine Menge diesbezüglicher Fragen der Verabschiedung im Reichstag harre. Hierunter gehörten vor allem die Besoldungsvorschläge, die den Kommentar zum Besoldungsgesetz bilden, ferner die Frage der Anrechnung des Arbeiterdienstalters und die Erledigung des endgültigen Ortsklassenbergriffnisses. In der Folge ging er nun auf den letzteren gerade für Karlsruhe besonders wichtigen Punkt näher ein, indem er ausführte, daß das Notgesetz für sehr viele Orte und Bezirke große Härten gebracht habe. Vor allem hätten die süddeutschen Staaten dabei besonders schlecht abgefunden. Das Notgesetz habe, obwohl es 1188 Höherwertungen gebracht habe, lediglich den norddeutschen Staaten und Ober-schlesien Rechnung getragen. Aber das könne ja insofern gut gemacht werden, als das neue endgültige Gesetz bis spätestens Oktober ds. Js. erledigt sein müsse und außerdem rückwirkende Kraft vom 1. April 1920 habe. Nach seiner Auffassung in Karlsruhe — innerhalb der Beamten und Arbeiterklasse eine große Bewegung Platz greifen, damit es in Berlin bemerkbar würde und daselbst imponierte. Denn die Geheimräte daselbst würden ganz besonders darauf achten, ob irgendwo im Lande Erregung herrsche — oder ob die Leute — in Ruhe dahinfließen.

Nachher stellte dann an der Versammlung die Frage, ob sich einer der Anwesenden ganz schuldlos daran fühle, daß das Notgesetz sie so schlecht bedacht habe und daß die schließlich erwartete Besoldungsreform so lange auf sich warten ließe. Er schloß daran den Schluß, daß wenn die Beamten und Arbeiterklasse hier nicht verärgert hätte, man zu anderen Resultaten hätte kommen müssen. Der schlimmste Feind der Beamtenklasse sei die Beamtenklasse selbst, weil jede Gruppe egoistische Ziele verfolgen und glaube, daß sie vor anderen Gruppen besonders bedacht werden solle. Die Selbstsucht töte alle Vernunft und ersticke jedesweds Solidaritätsgefühl. Erst wenn die Arbeiterklasse Schulter an Schulter mit der Beamtenklasse kämpfe — sei

die Einheitsfront hergestellt und ermögliche die Erreichung der vorgestellen Ziele. Als solche bezeichnet er folgende: a) für Arbeiter: 1. Volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung und Beteiligungsrechte; 2. Unergründliche Koalitionsfreiheit mit 3. Einheitsrecht des Streikrechts im Sinne der Reichsverfassung; 4. Einheitsrecht für Arbeiter, Angestellte und Beamten; 5. Sicherung der ungeteilten arbeitsrechtlichen Rechte; 6. Sicherung der ungeteilten arbeitsrechtlichen Rechte; 7. Ausreichende Versorgung im Alter bei Unfall oder Invalidität und auskömmliche Renten für Witwen und Waisen; 8. Korrekter Jugendschutz und Lehrlingsausbildung, die den Beschäftigten den Aufstieg ermöglicht; b) für Beamte: 1. Bis zum Inkrafttreten eines einheitlichen Arbeitsrechtes, Schaffung eines Beamtenrätegesetzes nach Artikel 190 der Reichsverfassung, das den Beamten die gleichen Rechte gewährt, wie das Betriebsrätegesetz den Arbeitern; 2. Grundförmige Umgestaltung des Besoldungsgesetzes. Das darin festgelegte Einkommen ist möglichst verhältnismäßig zu gestalten. Das Grundgehalt muß den Verhältnissen einer mindestens vierköpfigen Familie entsprechen; 3. Die im Besoldungsgesetz vorgesehene Dienstreue für die außerplanmäßigen Beamten ist zu beseitigen. Der Übergang ins Beamtenverhältnis muß dem außerplanmäßigen Beamten bei seiner Anstellung erfolgt. Dann kommen sofort die Gehaltsätze der planmäßigen Beamten zur Anwendung; 4. Die Ortsklassen sind auf 8 zu reduzieren. Um eine gerechte Einförmigkeit zu ermöglichen, zusammengefaßt aus Arbeitern, Angestellten und Beamten, sowie Vertretern der Behörde. Die unterschiedliche Behandlung der Beamten und Arbeiter ist zu beseitigen. In jedem Ort kommt nur eine Ortsklasse in Betracht und zwar die, welche aufgrund der statistischen Erhebungen den tatsächlichen ökonomischen Verhältnissen entspricht; 5. Das Besoldungsgesetz ist so zu gestalten, daß es in elastischer Weise mit jeder Besoldungsreform automatisch eine entsprechende Erhöhung der Rentenbezüge für Pensionäre, Witwen und Waisen bringt; 6. Das neue Reichsbeamtengesetz muß in allen seinen Bestimmungen Rücksicht nehmen auf die durch den Krieg und die Revolution veränderten Verhältnisse. Es muß Vorkehrungen getroffen werden, daß Übergänge der Verwaltungsbeamten zur Besoldungsgruppe 7. Der Erhaltungsbereich darf nicht nach Besoldungsgruppen abgestuft werden, sondern muß sich richten nach der Dauer der Beschäftigung und dem Lebensalter; 8. Das völlig veraltete Disziplinarrecht ist zu beseitigen und das Personalaktenwesen ist gründlich zu reformieren. Geheimnissen dürfen nicht gefehert werden; 9. In der Titelfrage hat die Bestimmung des Artikels 109 der Reichsverfassung zu gelten, nach der nur Titel verliehen werden dürfen, wenn sie ein Amt oder einen Beruf bezeichnen. Verordnungen einzelner Reichsminister, nach denen die Beamten verpflichtet sind, Vorbehalte mit ihren früheren Geheimnissen anzugeben, sind außer Kraft zu setzen.

Die Ausführungen des Referenten wurden mit großem Beifall aufgenommen, obwohl ein halbes Dutzend überaus radikaler Elemente den Versuch gemacht hatte, die Versammlung zu stören, wogegen sich insbesondere Herr v. Berlin in lobenswerter Weise aussprach. Bezirksleiter Schneider vom D.E.B. verstand es in der Diskussion in ausgezeichneter Weise die unruhigen kommunistischen Elemente zu widerlegen und abzuführen. Das gleiche geschah auch meisterhaft seitens des Referenten im Schlußwort, wobei die lehrreiche und in Bezug auf die unruhigsten kommunistischen Kreise während der Versammlung in harmonischer Weise von Bärle zum Abschluß gebracht werden konnte.

Aus dem Lande

* Mannheim, 20. Juni. In der Nacht zum Sonntag wurden hier zwei Einbrecher verhaftet, als sie aus einem Hause mit ihrer Diebstahlsbeute herauskamen. Sie hatten Kleider, Schmuckstücke und Bargeld im Gesamtwerte von 35 000 M. gestohlen.

* Mannheim, 20. Juni. Die Silberdiebe verhaftet. Die Diebe, die am 4. Juni aus der Gemäldegalerie im Schloß zum Oelgemälde im Werte von 500 000 M. raubten, konnten durch die Frankfurter Kriminalpolizei verhaftet werden. Auch die Wälder sind sämtliche beigebracht.

* Mannheim, 20. Juni. Auf der Gemarkung Redarum wurde eine unbekannte männliche Leiche im Alter von 40-50 Jahren gefunden. — Durch einen Messerstich schwer verletzt wurde in der Nacht zum Sonntag ein Student der Handelshochschule. Der unbekannte Täter ist entkommen.

* Mannheim, 20. Juni. Eine schwere Missetat verübte in der letzten Nacht kurz nach 12 Uhr im Hause der 22-jährige Spengler Fritz Joachim in aus Redarum. Nach einem Streite in der Wirtschaft „Zur Vergeltung“ an die frische Luft geschickt, schlug er von außen eine Scheibe ein, worauf der 33-jährige alte Herr Karl Bögel, sich hinausbegab und hier mit Joachim im Handgemenge geriet. Dabei verletzte ihm Joachim mehrere Messerstiche von denen eine Lunge traf, so daß schon nach 20 Minuten im Allg. Krankenhaus der Tod eintrat. Der Täter ergriff nach vollbrachter Tat die Flucht und wurde von einem ihn verfolgenden Polizeibeamten, da er auf wiederholten Anruf nicht stehen blieb, angefaßt und festgenommen.

* Freiburg, 20. Juni. Mord- und Selbstmordverjud. Gestern früh gegen 1/2 Uhr hatte ein 44-jähriger Fabrikarbeiter in seiner Wohnung an der Kaiserstraße seine gleichaltrige Frau, auf deren Antrag die Ehe gerichtlich geschieden war, im Schlafe überrascht und durch 18 Messerstiche am Kopf, am Rücken und an den Hüften erheblich verletzt. Nach der Tat schloß sich der Mann in sein Zimmer ein und schnitt sich den Hals und die Schlagader am linken Handgelenk durch. Beide wurden nach der Klinik überführt. Bei dem Täter besteht Lebensgefahr.

* Ravensburg, 20. Juni. Das sechsjährige Söhnchen des Maurers Jakob Stier wollte zu seinem Vater, der mit Padumdeden beschäftigt war, auf das Dach steigen, stürzte jedoch ab und fiel so unglücklich, daß es den erlittenen Verletzungen erliegen mußte.

* Lehr, 17. Juni. Unfall. Einen schweren Unfall erlitt eine junge Radfahrerin aus Miederheim, die infolge unvorsichtiger Fahrens zu Fall und herab stürzte, die Räder eines Wagens zu liegen kam, daß ihr eines davon über Kopf und Schulter ging. Das junge Mädchen trug schwere Quetschungen davon.

* Griesen, 17. Juni. Kindesmörderin. Kürzlich wurde eine 20-jährige aus Oberbühl gebürtige Frauensperson, die ihr 9 Tage altes Mädchen bei Naboltsell lebend in den See geworfen haben soll, hier verhaftet und nach Konstanz eingeliefert.

* Eberbach, 17. Juni. Unterleiste. Das Lebensmittelamt auf dem hiesigen Rathaus hatte man einem jungen Mann übergeben, der das volle Vertrauen genoss, und der daher auch mit dem Einzug der Gelder betraut war. Der junge Mann, der in letzter Zeit sehr luxuriös lebte, war plötzlich verschwunden. Seine Flucht brachte die Stadtverwaltung auf den Gedanken, die Geschäfte des jungen Mannes zu prüfen. Es zeigte sich dabei, daß die städtischen Gelder in unerhörl leichtsinniger Weise verwalzt worden waren und große Beträge fehlten. Gegen den Rücksting ist Strafanzeige erfolgt.

Aus der Welt

Geschichtskalender

21. Juni, 1862 *Der Dichter Johannes Schlaf in Duerfurt. — 1872 †Der Dichter Robert Bruh in Sietlin. — 1920 Feigenbach wird Reichsminister.

Nochmal die Kohlen- und Holzpreise in Karlsruhe

Das Städt. Brennstoffamt sendet uns folgende Zuschrift auf die Behauptungen des Einfinders in Nr. 134 unseres Blattes:

In der Nr. 134 des „Volksfreund“ vom 13. Juni wird die Nichtfestlegung des Brennstoffamts auf den Artikel vom 21. Mai veröffentlicht und daran anschließend weitere Behauptungen aufgestellt, die den Tatsachen direkt ins Gesicht schlagen, ja es werden sogar böswillige Unterstellungen ausgesprochen.

Wir stellen nochmals fest, daß in dem ersten Artikel die einzelnen Kohlenarten nicht deren Preisen angegeben waren, sondern nur die durchschnittlichen Preise angegeben sind.

Wenn man seine Kunden gleichmäßig beliefern will, dann kann man unmöglich Preise von Einzelarten veröffentlichen und anbieten, alsdann aber eine Mischung von 6 Sorten liefern.

Was nun die vom Brennstoffamt festgesetzten Vorräte des Lebensbedürfnis-Vereins betrifft, so steht einwandfrei fest und kann jederzeit nachgewiesen werden, daß dieselben daher rühren, weil eine große Anzahl Kunden die ihnen zuzuführenden Mengen einmündig erkaufen, oder nur zum Teil bezogen haben.

Im übrigen sollten, nach den uns vorliegenden Meldungen des Lebensbedürfnis-Vereins die Vorräte noch weit größer sein wie sie in Wirklichkeit sind.

Wir stellen hier fest, daß 3. J. kein Kohlenhändler in Karlsruhe Kohlen am Lager hat und daß das Brennstoffamt keinerlei Einfluß auf die Lieferung bestimmter Sorten, oder auf die Belieferung der Bezugsgebiete hat.

Daß der Lebensbedürfnis-Verein große Vorräte an Holz in die neue Heizperiode herübernahm ist Tatsache, denn es ist mit dem Holz genau so wie mit den Kohlen, es ist den Verbrauchern zu teuer und nur wenige Familien haben die 40 freigegebenen Zentner bezogen.

Am Donnerstag fand eine vom Deutschen Verkehrsverband einberufene öffentliche Versammlung im „Goldenen Adler“ statt, die nicht gut besucht war.

Durch den Krieg wurden viele eingezogen, an ihre Stelle traten Aushebler und Helferinnen. Diese organisierten sich im Deutschen Transportarbeiterverband, und erreichten dadurch eine Besserstellung ihrer trostlosen Lage.

Die Reichsbewehrungsordnung für die Postbeamten hat allgemein enttäuscht, hier hat die Reichspostgewerkschaft vollständig verjagt. Keiner kennengelernte die Leitung der Postgewerkschaft, und betonte, daß hier kein Vertrauen aufkommen kann.

Die sehr lebhaft diskutierte, an der sich eine ganze Reihe von Postbeamten beteiligten, die fast alle behaupteten, daß die freien Gewerkschaften die Pensionen der Beamten beeinträchtigen wollten.

Die sehr lebhaft diskutierte, an der sich eine ganze Reihe von Postbeamten beteiligten, die fast alle behaupteten, daß die freien Gewerkschaften die Pensionen der Beamten beeinträchtigen wollten.

Das Sommerfest im Stadtpark ist „beinahe“ ins Wasser; der Wettergott geruhte letzten Samstag nachmittags plötzlich eine düstere Miene anzunehmen, es fing an zu regnen, und das Fest kam auch ein bißchen durcheinander.

Das Sommerfest im Stadtpark ist „beinahe“ ins Wasser; der Wettergott geruhte letzten Samstag nachmittags plötzlich eine düstere Miene anzunehmen, es fing an zu regnen, und das Fest kam auch ein bißchen durcheinander.

Das Sommerfest im Stadtpark ist „beinahe“ ins Wasser; der Wettergott geruhte letzten Samstag nachmittags plötzlich eine düstere Miene anzunehmen, es fing an zu regnen, und das Fest kam auch ein bißchen durcheinander.

Das Sommerfest im Stadtpark ist „beinahe“ ins Wasser; der Wettergott geruhte letzten Samstag nachmittags plötzlich eine düstere Miene anzunehmen, es fing an zu regnen, und das Fest kam auch ein bißchen durcheinander.

Das Sommerfest im Stadtpark ist „beinahe“ ins Wasser; der Wettergott geruhte letzten Samstag nachmittags plötzlich eine düstere Miene anzunehmen, es fing an zu regnen, und das Fest kam auch ein bißchen durcheinander.

Das Sommerfest im Stadtpark ist „beinahe“ ins Wasser; der Wettergott geruhte letzten Samstag nachmittags plötzlich eine düstere Miene anzunehmen, es fing an zu regnen, und das Fest kam auch ein bißchen durcheinander.

Das Sommerfest im Stadtpark ist „beinahe“ ins Wasser; der Wettergott geruhte letzten Samstag nachmittags plötzlich eine düstere Miene anzunehmen, es fing an zu regnen, und das Fest kam auch ein bißchen durcheinander.

Das Sommerfest im Stadtpark ist „beinahe“ ins Wasser; der Wettergott geruhte letzten Samstag nachmittags plötzlich eine düstere Miene anzunehmen, es fing an zu regnen, und das Fest kam auch ein bißchen durcheinander.

Das Sommerfest im Stadtpark ist „beinahe“ ins Wasser; der Wettergott geruhte letzten Samstag nachmittags plötzlich eine düstere Miene anzunehmen, es fing an zu regnen, und das Fest kam auch ein bißchen durcheinander.

Das Sommerfest im Stadtpark ist „beinahe“ ins Wasser; der Wettergott geruhte letzten Samstag nachmittags plötzlich eine düstere Miene anzunehmen, es fing an zu regnen, und das Fest kam auch ein bißchen durcheinander.

Das Sommerfest im Stadtpark ist „beinahe“ ins Wasser; der Wettergott geruhte letzten Samstag nachmittags plötzlich eine düstere Miene anzunehmen, es fing an zu regnen, und das Fest kam auch ein bißchen durcheinander.

Gemeindepolitik

Mingsheim, 20. Juni. Auf den 25. Juni ist die Bürgermeisterversammlung angesetzt. Neben dem bisherigen Bürgermeister, Herrn Kuller, kandidiert der Gemeinderat Kessl. Ueber die Wahlausichten kann mit Bestimmtheit noch nichts gesagt werden.

Mannheim, 18. Juni. Wohnungsnot. Die Wohnungslosigkeit hat auch hier langsam eingesetzt. Die Wohnungsnot ist mittlerweile immer größer geworden. Die Zahl der Wohnungssuchenden ist auf über 10 000 gestiegen.

Kleine Nachrichten

Nachen. Zwei Privatförster aus Nachen wurden wegen Vorverurteilung zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil sie auf dem Wildern erlachte französische Soldaten Schiffe abgeben hatten, wobei die französischen Wilderer Schußverletzungen davon trugen.

Neuport. Der norwegische Nordpolforscher Amundsen ist auf offener See von einem Schiff aufgegriffen worden. Wie aus St. Francisco gemeldet wird, war Amundsen von Alaska aus zu einer Expedition abgefahren, die eine Dauer von sieben Jahren haben sollte.

Letzte Nachrichten

Arbeitslosen-Ausfahrungen in Berlin. Berlin, 20. Juni. Das Gewerkschaftshaus am Engelauer war heute mittag abermals der Schauplatz von Ausfahrungen Arbeitsloser. Mehr als 5000 Arbeitslose hatten sich am Engelauer versammelt, drangen in das Gewerkschaftshaus ein und nahmen gegenüber dem dort gerade tagenden Betriebsrat eine drohende Haltung an.

Revision in dem Prozeß gegen den Mörder Talaat Pascha. Berlin, 21. Juni. Das „Berliner Tageblatt“ erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß der Staatsanwalt im Prozeß gegen den Mörder Talaat Paschas Revision eingelegt hat.

Die nächsten Kriegsbeschuldigten-Prozesse. Leipzig, 21. Juni. Auf den 4. Juli ist vor dem Reichsgericht die Verhandlung gegen die Oberleutnants zur See Dittmar und Wolfshagen angesetzt.

Berichtliches Nachspiel zum Bremer Zwischenfall. Bremen, 21. Juni. Die hiesige Strafkammer verurteilte gestern drei Angehörige der Reichswehr wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und einfachen Landfriedensbruchs, begangen während des am 6. März erfolgten Zwischenfalles mit französischen Offizieren, die der Ententekommission angehörten.

Valuta-Bericht vom 20. Juni. Markkurs in der Schweiz sank 8,52% ab. Auszahlung Holland notierte 23,10 M pro holl. Gulden. Auszahlung England notierte 262 1/2 M pro Pfund Sterling.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 21. Juni 1921. Das norddeutsche Tiefdruckgebiet hat sich nach weiter nach Süden ausgedehnt und beherrscht mit kühlen westlichen Luftströmungen ganz Deutschland.

Wassersstand des Rheins. Schifferinsel 1,42 Meter, gef. 6 Zentimeter; Reßl 2,48, gef. 7; Maxau 4,02, gef. 5; Mannheim 2,77, gef. 18.

Schiffahrt: Georg Sadowski, Verantwortlich für Artikel, Politische Nachrichten und Letzte Nachrichten Hermann Kappel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil, Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Bel sprödem Barthaar und empfindlicher Haut zeigt sich beim Kämmen so recht die wohlthuende, haarweichende Wirkung der neuen Kämmseife „Leosira“. Überzeugen Sie sich von der Sparbarkeit und praktischen Verwendbarkeit und probieren Sie eine Packung zu M. 3.— für monatlichen Gebrauch. Wo Sie die bekannte Gloroband-Jahrbücher kaufen, erhalten Sie auch Leosira-Kämmseife. Eventl. senden wir Ihnen eine Probepackung direkt gegen Nachn. od. Voreinsendung von M. 3.—, Laboratorium Leo, Dresden-N. 6.

Sozialdemokratischer Verein Karlsruhe.

Mittwoch, den 22. ds. Mts., abends 7/8 Uhr,
im oberen Saale des Konzerthauses

Haupt-Versammlung

Tagesordnung:

Die Vereinigung von Württemberg und Baden.

Referent: Genosse Dr. Engler, Arbeitsminister.

Hierzu sind die Genossinnen und Genossen mit
der Bitte um zahlreiches Erscheinen freundlich
eingeladen.

Der Vorstand.

NB. Keine Restauration. Rauchverbot.

Achtung! Arbeitslose Achtung!
sowie Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte,
alle Verbands- und Parteifunktionäre.

Am Mittwoch, den 22. Juni, abends 7/8 Uhr,
findet im Hoftheater, Karlsruherstr. 16, eine

Öffentliche Versammlung

Tagesordnung:

Wie helfen wir den Arbeitslosen?

Arbeiter und Beamte in Werkstatt und Büro!
Die Arbeitslosenfrage ist von so großer Bedeutung,
dass ein Massenbesuch zu erwarten ist. Gewerkschafts-
partei sowie die Zentralratsmitglieder werden dazu
eingeladen.

Der Vorstand.
B. K. W. Z.



am 23. bis 24. Juni erfolgt. Ein diesbezügliches
näheres Programm wird durch die Entlassenen verteilt.
Auch privater Unterricht wäre es erwünscht,
genauere Adressen baldigst mitzuteilen und zwar für
die D. R. R. an D. Rothmüller, Gerwigstr. 19,
Karlshöhe an F. Ballmer, Reichenstr. 17,
S. A. R. an A. Schulze, Werderstr. 15 III.

Arbeiter- u. Sport- Turn- u. Bund 10. Kreis, 3. Bezirk.

Sonntag, den 26. Juni, findet unser

1. Bezirks-Schülerturnfest

in Muttheim auf dem Sportplatz im Nordwald
verbunden mit 25jährigem Stiftungsfest des
Turnerbundes Karlsruhe statt.

Programme: Nachmittags 1 Uhr Festzug;
hierauf Massenvorführungen der Schüler
und Schülerinnen, anschließend Ringturnen der ein-
zelnen Abteilungen. — Konzert.

Hierzu laden wir die Turngenossen des 3. Bezirks
sowie Freunde und Gönner unserer Sache freund-
lichst ein.

Der Bezirksausschuss. Der Turnrat.

4816

4823

Hygiene-Museum „Mutter u. Kind“

im Kinder-Krankenhaus, Karl-Wilhelmstraße 1.

Öffnet: Mittwoch und Sonntag von 1/3 bis 4 Uhr

Sonntag von 4 bis 6 Uhr.

Eintrittspreis 1 Mark (zu Gunsten kranker Kinder).

1423

Rechtsanwalt

Ich übe die Tätigkeit als

zunehmend gemeinsam mit Herrn Rechts-
anwalt **Max Oppenheimer** aus. Meine
Kanzlei befindet sich **Karl-Friedrich-
strasse 32, Fernsprecher 298.**

Dr. jur. Erich Bernheimer.

1470

1470

1470

1470

1470

1470

1470

1470

1470

1470

1470

1470

1470

1470

1470

1470

1470

1470

1470

1470

1470

1470

1470

1470

1470

1470

1470

1470

1470

1470

1470

1470

1470

Stoff Wollwolle
Wollwolle



Hammer
KRAEMER u. FLAMMER, HEILBRONN

STADTGARTEN

Mittwoch, den 22. Juni 1921, abends 8 bis 11 Uhr
(nur bei gutem Wetter)

II. Abend-Konzert

zu ermäßigten Eintrittspreisen

(Feuerwehrkapelle) 1469

„Klassisch und Wienerisch“
(Feuerwehrkapelle)

Eintritt: 50 Pfg. (Jahreskarten), Mk. 1.— (Sonstige).
Kinder die Hälfte. — Kartenvorverkauf: Verkehrs-
verein und Schalterkassen des Stadtgartens.

Dienstag, den 21. Juni 1921: 1465

Landestheater. Zur Nachfeier d. ersten Aufführg. v. 100 Jahren im Opernhaus zu Berlin (18. Juni) **Der Freischütz.** 6 1/2—7/10 Uhr. Mk. 17.

Konzerthaus Volksbühne Q 5 **Der Biberpelz** 7 bis 7/10 Uhr.

Verordnung

über die erste Veranlagung der Körperschaftssteuer.

Auf Grund des § 26 des Körperschaftsteuergesetzes vom 30. März 1920 (Reichsgesetzblatt S. 393) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Die für die erste Veranlagung der Körperschaftsteuer abzugebenden Steuererklärungen müssen bei sämtlichen nach § 1 des Körperschaftsteuergesetzes der Körperschaftsteuer unterliegenden Steuerpflichtigen unmissverständlich umfassen

1. das Einkommen der Geschäftsjahre (Wirtschaftsjahre), deren Ende in die Zeit vom 1. April 1919 bis 31. März 1921 fällt, oder, wo ein besonderes Geschäftsjahr nicht vorliegt, das Einkommen des Kalenderjahres 1919,

2. das Einkommen der Geschäftsjahre (Wirtschaftsjahre), deren Ende in die Zeit vom 1. April 1920 bis 31. März 1921 fällt, oder, wo ein besonderes Geschäftsjahr nicht vorliegt, das Einkommen des Kalenderjahres 1920.

§ 2. Die Steuererklärungen sind in der Zeit vom 1. Juni bis 31. Juli 1921, soweit jedoch am 31. März 1921 das Jahresergebnis durch die zuständigen Organe (Gesellschafterversammlung usw.) noch nicht festgestellt war, binnen drei Monaten nach der Feststellung abzugeben.

Für jedes abgelaufene Geschäftsjahr (Wirtschaftsjahr) oder Kalenderjahr ist eine besondere Steuererklärung abzugeben.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist von der Zustellung eines Steuerklärungsvordrucks nicht abhängig.

Berlin, den 22. April 1921.

Der Reichsminister der Finanzen.

Dr. Wirth.

Vorstehende Verordnung bringen wir zur Kenntnis.

Karlsruhe, den 20. Juni 1921.

Finanzamt

Die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie

nimmt die Ziehung der 1. Klasse ihrer 18. Lotterie (244. Preussische) am 12. und 13. Juli ds. Js. vor.

Nach dem neuen zeitgemäßen Plan sind erhöht: die Anzahl der Gewinne nebst Prämien auf 275 004 (bisher 220 000), der Gesamtbeitrag der Gewinne und Prämien auf 172 116 000 Mark (bisher 108 866 666 M.), die Anzahl der Lose auf 600 000 (bisher 480 000), der Preis (ein Viertel Los für alle 5 Klassen) auf 50 M. (bisher 40 M.). Lose geben die bekanntesten Lotteriereinnahmen ab.

Karlsruhe, den 20. Juni 1921.

Landeshauptkasse.

Kragen-wäscherei Schorpp

wäscht und bügelt in altbekanntester Ausführung.

Annahmestellen in allen Stadtteilen.

Städt. Freibank.
Fleischabgabe 1405
Mittwoch 9—11 Uhr
Nr. 2701—3000
Mittwoch 2—3 Uhr
Nr. 3001—3100.

Gipser

Solmen für dauernde Arbeit eintreten auf un-
abhängigen Baustellen
in Ziegeln, Schiefer-
Feldern, Giebeln a. H.
E. u. H. Altmendinger,
Gießer- und Stukkatur-
geschäft, Karlsruhe i. B.

Höchste Preise

für Anzüge, Uniformen,
Häute, Schuhe, Tey-
pische, Gardinen u. zc.
zahlr. **S. Axelrad**
Telefon 3980
Eisenbahnstr. 22, 2. St.

Gehrockanzug

Einmalig - Anzug und
Sacco-Anzug, alle mittel-
Größe und gut erhalten,
zu kaufen gesucht.
Preisangebot unter Nr.
4822 ins Volksfreundbüro.

Herrenanzüge

billig zu verkaufen.
Werderstr. 28, III. links.

Neue Plüsch

Plüsch, 2 Sonder, hell eichen
lackiert 855 Mk., große
Kleiderstühle, Plüsch
lackierte Schlafzimmern zu
verkaufen.
L. Graf, Rappener-
strasse 24a, 4. Stof.

Divans!

neue, in Stoff und Plüsch
für 500 u. 750 Mk. zu verk.
ADler, Schützenstr. 25.

2 Enten

einjährig, zu verkaufen.
Im Grün 18, Gartenstadt

Hafenstall

dreiteilig, massiv,
wegen Aufgabe der Stadt
zu verkaufen. Muttheim,
Hauptstr. 76, Hth.

„Nissin“

Kopfläuse
gegen Kopfläuse
Nichts anderes nehmen!
Zu haben in allen Apo-
theken und Drogerien.

Gutes Mittag- u. Abendessen

erhält man Schützenstr. 66, barriere. 4837

Kisten zu verkaufen

4830
H. Mittschüler, Werderplatz.

Rich. Kittel

Uhrmacher-Meister
Am Stadtgarten, Hauptbahnhof
Telephon 2540, 4830
Moderne
Zimmer-Uhren.
Billigste Bezugsquelle.
Größte Auswahl.
Reparatur-Werkstätte.

Vereins-Preise

Pokale, Becher u.
Figuren empfiehlt
Christ. Fränkle
Goldschmied
Karlsruhe, Kaiserpassage

Am Dienstag, den 21. Juni kommt in
familiären hiesigen Messereien
prima Hammelfleisch
zum Verkauf. Preis per Pfund 6—8 Mk.,
je nach Stücke. 4828
Karlsruher Viehmarktbank.

Billigste Bezugsquelle

für
Butter, Käse und Eier
Milchzentrale
Lauterbergstr. 3 Lauterbergstr. 3.

Durlacher Anzeigen.

Aufruf

an die
verehel. Einwohnerschaft Durlachs.
Wie bereits bekannt sein dürfte, so ist in die-
sem Jahre der X. Kreis des Arbeiter-Turn-
und Sportbundes (umfassend Baden und Pfalz)
vom 6.—8. August in den Mauern Durlachs sein

5. Kreis-Turn-Spiel- und Sportfest.

Als festgebender Verein ist die Turngemeinde
Durlach auserwählt. Dieser Verein, auf der
Höhe der turnerischen und sportlichen Leistungen
stehend, hat sich zur Aufgabe gemacht, in den
oben genannten Tagen der Durlacher Einwohnerschaft
auf dem Gebiete des Turnens und des
Sports nur Großes zu bieten, ebenso wird der
unterhaltende Teil auf seine Rechnung kommen.

In Anbetracht des großen Massenandrangs
sollen wir die verehel. Einwohnerschaft, uns
durch Bereitstellung von Bürgerquartieren zu
unterstützen und der Wohnungscommission beim
Anfragen nach Quartieren keine Schwierig-
keiten zu bereiten. (Anmeldungen nimmt der
Obmann der Kommission Hr. Schwander,
Hauptstr. 61 II, entgegen.) 4825

Gleichzeitig bitten wir die verehel. Einwohnerschaft,
ihre Häuser zu beslaggen, damit auch der
Ruhm Durlachs als alte Turnstadt weiter in
Ehren bestehen kann.

Der Orts-Festauschuss.

Konsumverein Durlach und Umgegend

Für unsere eingetragenen Kunden findet ab
Mittwoch, den 22. Juni, vorm. von 8 Uhr ab

Kohlen-Ausgabe

Nach der Ausgabe gelangen 3 Htr. Braunkohlen
„Brittens Union“ per Htr. 18.— Mk.
Zusatz von 90 Pfg. frei Keller 140 Htr.
pro Htr. — Wir empfehlen ferner:

Einlochapparate, Einmachgläser, Feiler- und
Kastenvagen. (Besonders ermäßig.)
Gebräute Fässer und Kisten sehr billig.
Aufnahmeformulare in jeder Verkaufsstelle
Der Vorstand.

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828

4828